

„Freie Schulen für Alle“

Am 17. April trafen sich etwa 1000 SchülerInnen, Eltern und PädagogInnen sächsischer Freier Schulen vor dem Sächsischen Landtag, um dem Schulausschuss des Landtages, dem Kultusministerium und der Landesregierung ihre Forderungen nach finanzieller und rechtlicher Gleichstellung Freier Schulen deutlich zu machen

Das Bündnis „Schule für Alle!“ forderte die Erhöhung der Fördersumme für Freie Schulen, damit die „Bezahlschranke“ durch Elternbeiträge entfallen kann, PädagogInnen angemessen entlohnt werden können und Lehrmittel und Schulsanierung gesichert sind. Die Freien Schulen setzten sich dafür ein, dass ihre VertreterInnen in SchülerInnen- und Elternngremien vom SMK anerkannt werden. Sie kritisierten die Datenschutzbestimmungen des Gesetzesentwurfs, demzufolge die Schulaufsicht alle schul- oder schülerbezogene Daten einsehen darf.

Mit Trillerpfeifen, Transparenten und Schildern bejubelten die SchülerInnen aus Dresden, Chemnitz, Freiberg, Rietschen, Meißen und vielen anderen sächsischen Kommunen die Premiere des Rap-Songs der Freien Alternativschule Dresden. „Das Gesetz, das ihr geschrieben habt, papperlapapp, davon wird in Sachsen niemand satt“ heißt es da, oder, bezogen auf die durch mangelnde Finanzierung der freien Schulen gegebene Notwendigkeit von Elternbeiträgen, „Es braucht viel mehr für die Erhaltung unserer Schulwelt, schon zahlen sie weit mehr als 100 Euro Schuldgeld.“ Doch auch ihre LehrerInnen haben die Jugendlichen im Blick: „Die Bezahlung unserer Pädagogen ist verlogen. Beim Bau des Schulhauses kommt auch nichts von oben.“

Auf der Bühne sprachen SchülerInnen und Eltern ihre Kritik an dem Gesetzentwurf an.

Die 10-jährige Sina von der Natur- und Umweltschule Dresden (NUS) meint: „Ich finde Freie Schulen vor allem wichtig, weil Schule nicht nur dazu da ist, den Lehrstoff runterzurattern, sondern damit wir Spaß am Lernen haben!“ Tilmann ebenfalls Schüler der NUS, fügt hinzu: „Freie Schulen sind wichtig für Lehrer und Schüler, und deswegen finde ich, dass wir das Geld JETZT brauchen!“

Clemens Kahrs, Vater in der Laborschule Dresden, plädiert für überschaubare Lerngruppen mit maximal 24 Kindern. „Das schafft unsere Schule mit dem Geld, das Schulen in staatlicher Trägerschaft bekommen.“

Rolf Hoffmann, Vater an der NUS, informierte darüber, dass „der NUS seit Jahren Steine in den Weg gelegt werden“ und bittet die Schulbehörde, ElternvertreterInnen der Freien Schulen endlich ernst zu nehmen. Rolf kritisierte die von Frank Haubitz, des Schulleiters des Gymnasiums Klotzsche, in der Anhörung des Schulausschusses vorgetragene Position, gleiche Finanzierung ermögliche den Freien Schulen einen Wettbewerbsvorteil. „Es ist unhaltbar, dass wir, wenn wir uns für alternative Didaktik und mehr Personal entscheiden, mit geringerer Finanzierung bestraft werden.“

Claudia Maicher, die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, plädierte für „Vielfalt, freie Schulwahl in Sachsen und Schulbesuche ohne Schulgeld müssen umgesetzt werden. Wir wollen unsere Verfassung ernst nehmen. Freie und öffentliche Schulen müssen gleichberechtigt sein.“

Nach der Aktion „Zahlen holen“ im SMK und der SBA im Januar 2015, der Petition "Stopp dem Verfassungsbruch! Für eine faire Finanzierung freier Schulen im Freistaat Sachsen!" sowie der Beteiligung an der Photoaktion der Schulstiftung ev.-luth Landeskirche Sachsen und der AGFS vom 15.4. sollte das SMK dieses weitere klare Signal des Bündnisses „Schule für Alle!“ und aller SchülerInnen, Eltern und SchulvertreterInnen in diesem Gesetzgebungsendspurt ernst nehmen. Die SchülerInnen werden, wie seit Beginn der Legislatur, weiterhin in den kommenden Monaten die Sitzungen des Plenums, des Haushalts- sowie des Schulausschusses besuchen und sich eine Meinung über die Entscheidungsfindung in der sächsischen Schulpolitik bilden. Ein deutliches Zeichen wird schon in den kommenden Wochen die Übergabe der Petition an Stanislaw Tillich sein, bei der sich bereits über 21.000 Menschen für die Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit von Schulen in staatlicher und freie Trägerschaft ausgesprochen haben.